

Nicolas Batteux

Sorbonne Universität/Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Die 68er-Bewegung mitten im Parlament. Die SPD- Bundestagabgeordneten und die FGDS-Abgeordneten in der Krise (1967-1972)

Promotion in den Fächern *German studies* und Neuere und Neueste Geschichte. Die Verteidigung erfolgte am 7. Dezember 2022.

Betreuer:innen: Frau Prof. Dr. Hélène Miard-Delacroix (Sorbonne Universität) und Herr Prof. Dr. Joachim Scholtyseck (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn)

Ausgehend von der Vernachlässigung des Parlaments als Akteur der 68er-Bewegung (1967-1972) hinterfragt diese Dissertation das Handeln und das Krisenmanagement der Parlamentsfraktionen der westdeutschen SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und der französischen FGDS (*Fédération de la gauche socialiste et démocrate*) während dieser Krise aus einer vergleichenden Perspektive. Anhand der Themenbereiche politische Krise, Partizipation und Emanzipation erforscht sie, wie die untersuchten Gruppen im Rahmen der Parlamentsdebatten auf die von der Jugend und den Demonstrierenden gestellten Herausforderungen reagiert haben. Durch den Vergleich zielt die Arbeit darauf ab, die historischen Narrative zur Rolle des Parlaments in dieser Krise zu nuancieren, insbesondere die Meistererzählung von einer französischen Nationalversammlung, die während der Krise von 1968 passiv gewesen sei.

Der erste Teil der Dissertation befasst sich daher mit der politischen Krise, die beide Länder Ende der 1960er Jahre erlebten. Die Situation der beiden untersuchten Gruppen – die SPD wurde 1966 im Rahmen einer Großen Koalition mit der CDU/CSU (Christlich Demokratische Union Deutschlands) zur Regierungspartei auf Bundesebene, während die FGDS in der Opposition blieb – erklärt zum Teil die Unterschiede in der parlamentarischen Praxis, die damals zu beobachten waren. Mehr noch als dieses konjunkturelle Element werden in diesem Teil die strukturellen Unterschiede zwischen den beiden Ländern hervorgehoben. Von einem "Pathos der Nüchternheit" (Theodor Heuss) und den Erfahrungen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus geprägt, inszenierten sich die westdeutschen SPD-Bundestagsabgeordneten als Inbegriff der Rationalität und kritisierten das studentische Handeln. Die französische FGDS dagegen versuchte, die subversiven Praktiken der studentischen Demonstrierenden in der Nationalversammlung opportunistisch nachzuahmen.

Im zweiten Teil wird das Verhältnis der Parlamentarier zum Konzept der Partizipation untersucht, das im Mittelpunkt der Proteste von 1968 stand. In diesem Zusammenhang werden die Fragen der Partizipation von Studierenden und Arbeitern an der Universität und im Betrieb im Sinne der Mitbestimmung analysiert. Die Wahrnehmung der studentischen Demonstrationen als Mittel zur politischen Partizipation durch die Abgeordneten wird ebenfalls erforscht. Es konnten zwei Handlungsmuster beim Umgang mit dieser Herausforderung festgestellt werden. Die SPD-Bundestagsabgeordneten sprachen sich häufig für längere Debatten im Parlament aus. Sie waren der Meinung, dass Gesetze nicht zu schnell verabschiedet werden sollten, sondern dass die Themen umfassender und langfristiger behandelt werden sollten. Mit diesem Ansatz zeigten sie eine besondere Aufmerksamkeit für die Zeitlichkeit der parlamentarischen Arbeit, vernachlässigten aber gleichzeitig die Symbolik eines schnellen Krisenmanagements. Die FGDS-Abgeordneten hingegen konzentrierten sich auf das Symbol, indem sie schnelle Gesetzesvorhaben vorschlugen. Diese waren jedoch aufgrund ihres zu geringen politischen Gewichts in der Nationalversammlung zum Scheitern verurteilt.

Im dritten Teil wird der Begriff der Emanzipation untersucht, der mit dem Begriff der Partizipation zwar verwandt ist, sich aber durch die Betonung der individuellen Rechte von ihm unterscheidet. In diesem Zusammenhang werden die Diskussionen um die Herabsetzung des Wahlalters und die Frauenrechte untersucht. In diesem Teil wird auch der Fokus auf die Erneuerung der sozialdemokratischen Fraktion im Jahr 1969 gelegt, die sich vor allem auf die parlamentarische Praxis bezog. Eine neue Generation von Frauen zog 1969 in den Bundestag ein und grenzte sich deutlicher von den Stellungnahmen ihrer männlichen Kollegen ab, als dies ihre Vorgängerinnen gemacht hatten.